

Uni vs. Containerdorf: Streit um Flüchtlingsunterkunft in Berlin

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem sorgen für Kontroverse. Erfahren Sie mehr über den Widerstand der Freien Universität und die Hintergründe. #Flüchtlingsunterkunft #Berlinsenat #FreieUniversitätBerlin

Das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das der Senat für den Bau eines Containerdorfes zur Unterbringung von 260 Flüchtlingen vorsieht, stößt auf Widerstand, insbesondere vonseiten der Freien Universität. Die Universität plant dort eigentlich den Bau eines Gebäudes für Lehr- und Forschungszwecke. Der Präsident der FU, Günter Ziegler, kritisierte, dass die Senatspläne ohne Einbeziehung der Hochschulleitung vorangetrieben wurden. Die Uni fühlt sich übergangen und betont ihre grundsätzliche Bereitschaft, geflüchtete Menschen zu unterstützen, zeigt jedoch auf, dass sie ab 2023 die Fläche für eigene Bauprojekte dringend benötigt.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Berlins Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme, verteidigt die geplante Nutzung des Uni-Grundstücks und betont, dass solange das Areal ungenutzt bleibt, es für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden sollte. Er fordert zeitliche Angaben für den Bau des geplanten Universitätsgebäudes. Trotz des Widerstands der FU soll das Containerdorf in naher Zukunft errichtet werden, sofern keine Bedenken hinsichtlich des Naturschutzes bestehen.

Ende März 2023 beschloss der Senat den Bau von 16 weiteren Containerdörfern in Berlin, um dem akuten Mangel an

Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner betonte, dass diese Maßnahmen nur ein erster Schritt seien, da weitere Standorte notwendig seien. Die geplanten Containerdörfer sind vorwiegend im Ostteil der Stadt geplant, wobei Pankow bereits einen Großteil der hauptstädtischen Flüchtlinge aufnimmt. Trotz weiterer geplanter Standorte bringt die Verteilung der Containerdörfer Ungleichgewichte in der Versorgung von Flüchtlingen in den Bezirken zum Vorschein.

Der Widerstand der Freien Universität gegen die geplante Nutzung ihres Grundstücks für Flüchtlingsunterkünfte hat im Netz zu Diskussionen und Spott geführt. Einige Nutzerinnen und Nutzer kritisieren die vermeintliche Inkonsequenz der Universität, die sich als weltoffen und tolerant präsentiert, aber Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zeigt. Die Diskussion wirft Fragen nach dem Umgang mit Flüchtlingen und dem Anspruch auf Weltoffenheit in Bezug auf die FU Berlin auf.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de